



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 26. September 2014

Inhalt

1. **Versprochen – gehalten: Wir entlasten die Kommunen**
2. **Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hessen**
3. **ElterngeldPlus: Mehr Zeit für Familien**
4. **Ebola-Epidemie in Westafrika beschäftigt auch den Bundestag**
5. **Freihandelsabkommen: Parteipolitische „Spielchen“ helfen bei TTIP und Ceta nicht weiter**
6. **Nordhessische Gewinner beim Europäischen Forschungswettbewerb**



Versprochen – gehalten: **Wir entlasten die Kommunen!**

Städte und Gemeinden sind die Kraftwerke unseres sozialen Miteinanders. Kinderbetreuung, Nahversorgung, gute Mobilität, das soziale Netz und vieles mehr muss vor Ort organisiert und finanziert werden. Deutschland braucht deshalb starke Kommunen, in denen die Menschen gerne leben. In den Städten und Gemeinden erleben die Menschen hautnah, ob die Daseinsvorsorge funktioniert – oder eben nicht. Damit es gut funktioniert, müssen die Kommunen finanziell ausreichend ausgestattet sein. Bedingt durch stetig steigende Sozialkosten und den Griff der Landesregierung in die kommunalen Kassen kämpfen aber viele Landkreise, Städte und Gemeinden seit Jahren darum, finanziell handlungsfähig zu bleiben. Zusätzlich wächst die Kluft zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, konnten wir bei den Koalitionsverhandlungen durchsetzen, dass der Entlastung der Kommunen absolute Priorität eingeräumt wird. Dies setzen wir nun sukzessive um.

Bereits erfolgt:

- Übernahme der Kosten für die Grundsicherung durch den Bund
- Erhalt der Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle
- Erhöhung der Städtebauförderung von 455 auf insgesamt 700 Millionen Euro
- Bereitstellung von Bundesmitteln für altersgerechten Umbau

- Entlastung für Kommunen, die von besonderer Armutswanderung betroffen sind
- Entlastung der Kommunen im Bereich der Sozialausgaben durch den Mindestlohn
- Eine Milliarde mehr für Kinderbetreuung
- Vollständige und dauerhafte Übernahme des BAföG durch den Bund

Aktuell:

In dieser Woche wollen wir mit dem [vorliegenden Gesetzentwurf](#) im Vorgriff auf die Entlastungen im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes in den Jahren 2015 bis 2017 zusätzliche Hilfen in Höhe von 1 Milliarde Euro für die Kommunen generieren. Der Plan sieht vor, dass durch einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft (kurz KdU genannt) und durch einen höheren Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer, eine Entlastung der Kommunen entsteht. Bisher haben die Kommunen die Erstattungskosten für eine Wohnung, die Menschen im ALG II-Bezug zustehen, selber geschultert. Nun steigt der Bund endlich ein. Das bedeutet am Beispiel des Landkreises Kassel in 2015 eine Entlastung von rund 800.000 Euro bei den KdU und zeitversetzt in 2016 nochmals eine Entlastung über die Umsatzsteueranteile.

In Planung:

- Möglichst schnell streben wir die Entlastung der Kommunen von den explodierenden Kosten der Eingliederungshilfe an.
- Auch bei den derzeitigen Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird die Entlastung der Kommunen eine wichtige Rolle spielen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund sich an den Betriebskosten der Kindertagesstätten beteiligt. Dafür bekommen die Bundesländer zulasten des Bundes in den Jahren 2017 und 2018 jeweils 100 Millionen Euro an der Umsatzsteuer.

Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Hessen

Das Thema der Unterbringung von Menschen, die in unserem Land Asyl beantragen oder aus Katastrophen- und Kriegsgebieten in unser Land fliehen, ist unmittelbar mit dem vorangegangenen Beitrag verknüpft. Auch hier müssen die Kommunen und Landkreise deutlich entlastet werden. Die Verantwortlichen in Städten, Kreisen und Gemeinden tun ihr Bestes, um die Leute in menschenwürdigen Unterkünften unterzubringen, was insbesondere in Ballungsgebieten oft sehr schwierig ist. Sie organisieren außerdem ehrenamtliches Engagement und versuchen, die Integration vor Ort zu fördern. Dieses wertvolle Engagement muss vom Land gestützt und vor allen Dingen finanziell umfänglich ausgestattet werden. Es ist völlig inakzeptabel, dass das Land die Kommunen auf einem Großteil der Kosten sitzen lässt.

Zwischenzeitlich hat die schwarz-grüne Landesregierung angekündigt, mit dem Haushalt 2015 30 Millionen Euro mehr bereitzustellen, um damit die Pauschalen zu erhöhen. Leider ändert das an der verschärften Situation kaum etwas. Dass die 30 Millionen Euro bei weitem nicht ausreichen, ist heute schon absehbar. Damit wird die chronische Unterfinanzierung, zu Lasten der Kommunen, durch das Land fortgesetzt. Bereits jetzt sind hohe Summen für die Flüchtlingsunterbringung in den kommunalen Kassen aufgelaufen. Der Hessische Landkreistag hatte bereits 2013 mit einem Bedarf von mindestens 40 Millionen Euro gerechnet und geht für 2014 von 60 Millionen Euro aus. Die viel zu geringe Finanzierung durch das Land wird auch vom Landesrechnungshofs belegt, der in seinem Kommunalbericht 2013 feststellt, dass der Eigenanteil der Landkreise für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Hessen bei durchschnittlich 46 Prozent lag. Das bedeutet, dass das Land nur knapp die Hälfte der Kosten trägt und sich damit aus seiner Verantwortung stiehlt. Gerade im Hinblick auf die wachsenden Flüchtlingsströme ist das aber völlig unverantwortlich und verschärft die Finanznot der Kommunen und auch die Situation der Flüchtlinge extrem!

Dieses Thema birgt auch gesellschaftspolitischen „Sprengstoff“, da die meisten Kommunen in finanzieller Not sind und überall sparen müssen. Sogenannte „freiwillige Leistungen“, mit denen man in den Städten und Gemeinden etwas gestalten kann, gibt es vielerorts kaum noch und wichtige Dienstleistungen oder Einrichtungen für Bürgerinnen und Bürger, wie das Schwimmbad oder die Stadtteilbibliothek, müssen zusammengestrichen werden. Sehr schnell kann dieser Umstand von „interessierten“ Kreisen genutzt werden, um die Stammtische anzuheizen und den Flüchtlingen bzw. den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern die Schuld an der Misere in die Schuhe zu schieben. Genau das muss die Landesregierung verhindern und daher brauchen die Kommunen eine faire Finanzierung!

ElterngeldPlus: Mehr Zeit für Familien



Mit dem ElterngeldPlus wird für Paare mehr Partnerschaftlichkeit und für Familien mehr gemeinsame Zeit ermöglicht.

Ab dem 1. Juli 2015 können Eltern das ElterngeldPlus erhalten. Mit dem ElterngeldPlus wird es möglich, nach der Geburt eines Kindes früher in Teilzeit zurückzukehren, ohne - wie bislang beim Elterngeld - dafür benachteiligt zu werden.

Eltern wollen sich heute in der überwiegenden Zahl Erwerbsarbeit und Familie partnerschaftlich teilen, aber nur einem Bruchteil gelingt dieses in der Realität. Um dem Wunsch nach mehr

Partnerschaftlichkeit und mehr Flexibilität Rechnung zu tragen, hat Familienministerin Manuela Schwesig die Weiterentwicklung des Elterngeldes, das ElterngeldPlus, auf den Weg gebracht.

Das neue ElterngeldPlus kann Paaren bis zu 28 Monaten zusätzlich zu einem Teilzeiteinkommen gezahlt werden. Es wird maximal die Hälfte der Summe betragen, die man bisher ohne Erwerbsarbeit nach der Geburt bekommt. Das Elterngeld erkennt damit die Pläne derjenigen an, die schon während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit arbeiten wollen. Väter und Mütter, die zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, haben dann die Möglichkeit, länger als bisher diese Leistungen in Anspruch zu nehmen. Kümmern sich beide Elternteile um das Kind, wird das ElterngeldPlus zusätzlich durch einen so genannten Partnerschaftsbonus ergänzt, das heißt um vier Monate verlängert.

Dabei müssen die 28 Monate ElterngeldPlus auch nicht am Stück genommen werden. Eltern können einen Teil der Zeit aufsparen, damit sie beispielsweise in der Zeit um die Einschulung mehr Zeit für ihre Kinder haben.

Damit ist das Elterngeld nicht nur ein wichtiger Pfeiler der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch ein wichtiger Schritt Richtung mehr Gleichberechtigung. Das ElterngeldPlus erlaubt es vor allem Frauen schneller wieder in den Beruf zurückzukehren und Männern ihre Arbeitszeit zugunsten der Kinder und der Berufstätigkeit ihrer Partnerinnen zu reduzieren.

Damit trägt auch das ElterngeldPlus entscheidend dazu bei, den Stillstand in der Frauen- und Gleichstellungspolitik zu beenden.

Ebola-Epidemie in Westafrika beschäftigt auch den Bundestag

Seit Wochen diskutieren die Menschen auch bei uns in Nordhessen die dramatische Entwicklung in den westafrikanischen Ländern. Zudem machen sich viele Menschen Sorgen, ob sich diese furchtbare Krankheit auch bei uns in Deutschland ausbreiten könnte.

In dieser Sitzungswoche haben sich deshalb verschiedene Ausschüsse mit der Ebola-Epidemie beschäftigt. Auch der Gesundheitsausschuss hat sich auf Vorschlag des Vorsitzenden Edgar Franke MdB, vom Gesundheitsministerium über die aktuelle Lage informieren lassen und die Entwicklung diskutiert.

Dabei mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die Lage in den letzten zwei Wochen dramatisch verschlechtert hat. Inzwischen sind über 2.000 Menschen gestorben und mehr als 6.000 Menschen infiziert. Nun will die Bundesregierung den von der Ebola-Epidemie in Westafrika betroffenen Staaten mit einem konkreten Hilfspaket zur Seite stehen.

Benötigt wird dabei vor allem **Fachpersonal und medizinische Ausrüstung**. Wichtig ist es aber auch, dass die internationalen Hilfen sinnvoll und effektiv koordiniert werden, was angesichts der zusammengebrochenen Versorgungsstrukturen in den afrikanischen Ländern nicht einfach ist.

Besonders wichtig war in der Diskussion für uns, dass infizierten Helfern ein schneller und sicherer Rücktransport garantiert werden muss, obwohl der Rücktransport mehrere Hunderttausend Euro kostet. Hintergrund dabei ist, dass manche Länder zwar Evakuierungs-, aber keine Isolationsmöglichkeiten für Patienten haben. Andere Länder haben weder das eine noch das andere, sind aber mit Helfern vor Ort, die im Ernstfall auch zurückgebracht werden müssen. Die europäischen Gesundheitsminister übernehmen eine koordinierende Rolle der Europäischen Union bei medizinischen Evakuierungsmaßnahmen.

Wir haben in dieser Sitzungswoche in vielen Gremien erfahren, dass zahlreiche engagierte Helferinnen und Helfer in den westafrikanischen Ländern unter zum Teil schwierigsten Bedingungen großartige Arbeit leisten. Von deutscher Seite sind zurzeit das Robert-Koch-Institut und das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin mit insgesamt 15 Helfern im Einsatz. Das Deutsche Rote Kreuz bereitet den Aufbau und den Betrieb eines mobilen Krankenhauses und zweier Basisgesundheitsstationen mit insgesamt 300 Betten vor. Unser Technisches Hilfswerk plant logistische Aufgaben beim Aufbau einer Luftbrücke zu übernehmen. Außerdem befasst sich in Deutschland das Paul-Ehrlich-Institut mit der Erforschung eines Impfstoffes gegen Ebola und von Grundlagen für eine Therapie gegen die Epidemie.

Freihandelsabkommen:

Parteilpolitische „Spielchen“ helfen bei TTIP und Ceta nicht weiter

Mit einem Antrag, der wortgleich die Ziele und Anforderungen an die Verhandlungen aus dem Beschluss des SPD-Konvents vom 20. September 2014 wiedergibt, wollte uns DIE LINKE am Donnerstag in namentlicher Abstimmung ärgern. Es ist ihnen nicht gelungen.

Es ist höchst unüblich, dass Oppositionsfraktionen solche wortgleichen Anträge einbringen und auf diese Art versuchen, eine Regierungsfraktion vorzuführen. Eine eigene inhaltliche Position der Fraktion DIE LINKE wäre hilfreicher.

Wir Hessen stehen uneingeschränkt zu dem Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 zu Anforderungen der SPD an die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen Ceta und TTIP. (http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/123752/20140920_beschluss_parteikonvent_ttip.html).

Die SPD ist in dieser Debatte gut gerüstet. Wir haben unsere Ziele und Anforderungen an die Freihandelsabkommen formuliert und werden das Thema in den nächsten Wochen und Monaten ganz ohne „Schaum vorm Mund“ und permanentes Misstrauen diskutieren.

Nordhessische Gewinner beim Europäischen Forschungswettbewerb

Wir gratulieren drei jungen Nordhessen, Anselm Dewald, aus Baunatal, Robin Braun und Philipp Mandler aus Edermünde, für ihre Auszeichnung als beste deutsche Nachwuchstalente! Sie erreichten den dritten Platz beim 26. Europäischen Forschungswettbewerb in Warschau. Alle Drei besuchen die Max-Eyth-Schule in Kassel.

Die drei Nordhessen stellten in Warschau einen Bewegungsroboter vor, der wendiger und kompakter als vergleichbare Modelle ist und in Katastrophengebieten einen wichtigen Beitrag für die Arbeit der Rettungsdienste leisten könnte. Das Projekt der nordhessischen Nachwuchsforscher war eines von 77 Projekten, die von insgesamt 110 Forscherinnen und Forschern im Alter zwischen 14 und 20 Jahren aus 36 Ländern präsentiert wurden. Da ist der dritte Platz eine beachtliche Leistung. Eine tolle Innovation, wir gratulieren ganz herzlich!

Unser Tipp:

- **Planspiel Zukunftsdialog:** Die SPD-Bundestagsfraktion ist wieder auf der Suche nach Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten! Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, die schon erste journalistische Erfahrungen gesammelt haben, können sich bewerben, indem sie einen Essay (max. 1 DIN A4 - Seite) unter Angabe von Alter, Name, Adresse und Informationen zur Schulform/Ausbildung bis zum 10. Oktober an johanna.agci@spdfraktion.de schicken. Die Sieger werden dann zum Planspiel vom 9. bis zum 11. Nov. nach Berlin eingeladen.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia